

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Zugänglich Abzugslos. Für Postanfragen wenden Sie sich an die Geschäftsstelle. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Postboten und andere Personen können zu jeder Zeit Bestellungen entgegennehmen. In Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschalteter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abzugspreis: die 6 Spaltenen Nummer 20 Rfg., die 4 Spaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rfg. p. m., die 2 Spaltenen Bekanntmachung im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Sonstige und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernimmt keine Garantie. Jeder Abbestellung ist die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen. Einigen nehmen alle Verordnungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 228 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 30. Sept. 1930

Haarspaltereien.

Zwei Wochen hat die Regierung gebraucht, um ihre Vorlagen für den Reichstag fertigzustellen, und wieder zwei Wochen bleiben ihr für die vielleicht noch schwierigere Arbeit, eine parlamentarische Basis im Reichstag hierfür zu schaffen. Denn die Vorlagen sollen und wollen ja nicht nur eingebracht, sondern auch durchgeführt werden. In den nächsten vierzehn Tagen wird der Reichsländer ja die Ansichten der Fraktionen über die Gesetzeswürfe erfahren und — berücksichtigen müssen, wenn er sich nicht einer oppositionellen Mehrheit gegenüber sehen will. Aber das Kabinett Brünning will wenigstens so lange am Ruder bleiben, als ein offenes Misstrauensvotum des Reichstages nicht vorliegt. Insofern ist bei diesem Ringen um die parlamentarische Mehrheitsbildung ein taktischer Vorteil, als irgendwelche festen Gegenvorschläge bisher von keiner Partei ausgearbeitet sind, bei einem an sich ja durchaus nicht unmöglichen Sturz der Regierung Brünning also auch erst ein neues Programm aufgestellt werden müßte. Nun sind aber die Möglichkeiten, im Reichstag eine arbeitssfähige Mehrheit zu bilden, ganz außerordentlich beschränkt, so sehr, daß immer wieder das Gerücht von einer — Reichstagsauflösung aufsteigt. Daß die Regierung sich bisher um die Mehrheitsbildung nicht oder kaum bemüht hat, daß also, was man als „parlamentarische Lage“ bezeichnet, bisher ganz ungewiß ist und bleibt, hat auch viel dazu beigetragen, daß die parteipolitischen Rechenstricke eifrig in Bewegung gesetzt wurden.

Insofern auch erfährt die taktische Lage für das Kabinett Brünning eine Stärkung, als die finanziellen und sonstigen Reformvorschläge nur leider allzusehr von dem Ernst der Gegenwart überhattet werden. Es ist einfach keine Zeit mehr für das Einsetzen oder Einschalten parteipolitischer Eigenbrötleien. Sich nach dieser Richtung hin irgendwie zu binden, hat auch das Kabinett im großen und ganzen vermieden trotz aller Anpassungen, an denen es wirklich nicht fehlte. Gewiß trägt ein Wahlkampf nie dazu bei, in einem neugewählten Parlament Parteien leichter zu einer Arbeitsmehrheit zusammenzuführen; selbst recht laut gesagte Parteiverbindungen bedeuten infolgedessen noch längst nicht das letzte Wort.

Die Fraktionen des neuen Reichstages stehen also unter dem mehr als nur moralischen Druck der Notwendigkeit, sehr bald sagen zu müssen, wie sie sich sachlich zu dem Regierungsprogramm stellen. Parteipolitische Koalitionsversuche entgegenzunehmen hat sich die Regierung schon bald nach den Neuwahlen geweigert. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß nun unberücksichtigt bleiben wird, was als Volkswille am 14. September zum Ausdruck gekommen ist. Dazu gehört der Versuch, unsere reparationspolitischen Verpflichtungen aus allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Gründen einer Diskussion entgegenzuführen, wie es der Reichsinnenminister schon wenige Tage nach der Wahl angedeutet hat. Aber drängender noch sind die innenpolitischen Aufgaben, vor allem die eine, im Haushalt des Reiches die Ausgaben den gesunkenen Einnahmen anzupassen. Hierbei darf selbstverständlich die zu einem schlechten Gebrauch gewordene Fraktionsstimmkraft nicht das große Wort führen wollen. Es ist einfach keine Zeit dafür. Die bekannten Vorkommnisse der letzten Tage haben auch gezeigt, daß man im Anstand mit einer gewissen Spannung auf die politische Weiterentwicklung Deutschlands sieht — und von der Beurteilung des Auslandes sind wir ja namentlich kreditpolitisch nur allzusehr abhängig. Dazu kommen die Gefahren, die wirtschaftlich das Herannahen des Winters erfahrungsgemäß in sich birgt, und die weit größer sind als je zuvor. Wenn dann vielleicht nicht mehr drei, sondern vier oder noch mehr Millionen Menschen erwerbslos auf der Straße liegen, dann dürfte man im deutschen Volke recht wenig für parteipolitische Haarspaltereien übrighaben. Nur darauf kommt es dann an, ob das — oder ein — Regierungsprogramm wirklich und restlos den gebieterischen Forderungen des Heut und Morgen entspricht.

Und ein solches Programm der Ausgabenbeschränkung wird sich nicht mit Halbheiten begnügen dürfen. Fast ein Jahr schon ist es her, daß eine umfassende Finanzreform angekündigt wurde; sie ist bisher ausgeblieben. Was geschehen ist, was geschaffen wurde, waren nur Maßnahmen, vom Zwang der Stunde diktiert. Ost hat die Regierung Brünning im Wahlkampf zugesagt, dem neuen Reichstag eine wirkliche Reform vorzuschlagen zu wollen. Das sollte nun auch geschehen. Von einem „Programm der Sachlichkeit“ hat ein Minister vor vierzehn Tagen gesprochen und hat namens des Kabinetts damit auch etwas versprochen. Vom Reichstag ebenso wie von der Geschichtlichkeit der Regierung wird es abhängen, ob dieses Versprechen nun auch zur Wirklichkeit wird.

Banditenherrschaft in China.

Furchtbare Mordtät in der Provinz Honan. Die Provinz Honan in China ist nach Meldungen aus Peking von zahlreichen kommunistischen Räuberbanden heimgesucht worden. Dörfer und Städte wurden geplündert, zahlreiche Mädchen und Frauen als Geiseln hinweggeführt. In verschiedenen Stellen wurde ein furchtbares Blutbad angerichtet. In dem Gebiet von Koshien sollen 46 Dörfer geplündert worden sein.

Vor folgenschweren Entscheidungen

Verhandlungen zwischen Hindenburg, Brüning und Braun. Berlin, 30. September.

Das Reichskabinett trat am Montagabend zur letzten redaktionellen Fassung des Regierungsprogramms zusammen. Die Beratungen des Kabinetts über den sachlichen Inhalt des Programms sind damit abgeschlossen. Nach einer Sitzung des Kabinetts am Dienstag, in der Reichsländer Brüning die Richtlinien für die weitere politische Behandlung des Programms dem Kabinett vorzutragen dürfte, wird er sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihm über das Ergebnis der Kabinettsberatungen Vortrag zu halten. In Regierungskreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident das Programm Brünings genehmigen und die erforderlichen Vollmachten für seine Durchführung erteilen wird.

Hierauf wird der Reichsländer mit den Parteien des Reichstages in Verbindung treten und sie vor die Frage stellen, ob sie das Regierungsprogramm annehmen wollen oder nicht. Verhandlungen über Einzelheiten und etwaige Abänderungen des Programms sind aber nicht beabsichtigt. Das Programm soll also nach den bisherigen Absichten der Regierung in unveränderter Form vom Reichstag angenommen werden.

Unmittelbar im Anschluß an den Besuch beim Reichspräsidenten wird Reichsländer Brüning voraussichtlich eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun haben, die sich in der Hauptsache auf die Frage erstrecken soll, wie sich Preußen im Reichsrat zu dem neuen Programm der Regierung stellt. Da der preussische Finanzminister Höpfer-Wischoff an den Beratungen des Reichskabinetts in weitgehendem Maße beteiligt worden ist, nimmt die Reichsregierung an, daß Preußen im Reichsrat sich für

das Programm Brünings aussprechen wird. Von politischem Interesse ist weiter die Frage, inwieweit Braun in der Lage sein wird, die Reichstagsfraktion der SPD. zu bewegen, dem Programm der Regierung Brünning zuzustimmen. Das Programm der Reichsregierung dürfte nach den bisherigen Feststellungen für die Sozialdemokratie nur unter schwersten Bedenken annehmbar sein. Brüning beabsichtigt jedoch, die Reichstagsfraktion der SPD. vor die klare Frage zu stellen, ob sie für sein Programm ist oder nicht.

Die Stellung des preussischen Ministerpräsidenten zum Programm der Regierung Brünning dürfte daher von ausschlaggebender Bedeutung werden. Auch die Frage, was werden soll, wenn der Reichstag dem Programm Brünings die Zustimmung verweigert, wird bereits erörtert. Wie in einem solchen Falle verfahren werden würde, scheint aber noch nicht festzustehen. Jedoch darf man als sicher annehmen, daß Brüning in diesem Falle nicht zurücktreten würde, da er das volle Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt. Die Geiseln würden dann eben auf einem anderen als dem parlamentarischen Wege durchgeführt werden.

Linksregierung unmöglich.

Berlin, 29. September. Die parteipolitische Lage hat sich jetzt so weit geklärt, daß man wenigstens ganz deutlich ersieht, was im neuen Reichstag nicht möglich ist. Die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei haben sich gegen jede Neubelebung der Großen Koalition ausgesprochen. Die Christlich-Nationale Landvolk- und Bauernpartei hat daselbe getan, und auch die Volkstonservativen verweigern jede Unterstützung oder Teilnahme an einer Regierung, die mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitet. Entgegen gewissen anderen Nachrichten hat sich auch der Christlich-Soziale Volksdienst in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Er stellt die Frage, ob die Sozialdemokratie den Entschluß zu einer völligen Wendung aufbrächte, d. h. von der Klassenpartei zur Staatspartei, von parteipolitischen zu staatspolitischen Gesichtspunkten, von der Erfüllungspolitik zur Befreiungspolitik und zu einer Politik zur Revision der Verträge. Nur dann hätte es Sinn, die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu erwägen. Diese Fragen stellen, heißt sie negativ beantworten. Infolgedessen ist auch von dieser Seite für eine Regierung der Großen Koalition keine Gefolgschaft zu erbitten, so daß eine Mehrheitsbildung nach links überhaupt nicht in Frage kommt.

Arbeitsreduzierung bei der Reichsbahn.

Einigung mit den Gewerkschaften. Berlin, 30. September.

In den Verhandlungen zwischen Reichsbahnverwaltung und Eisenbahngewerkschaften über die notwendigen Einschränkungen auf personellem Gebiet teilt die Reichsbahn mit: Um planmäßige Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfang in der Bahnerhaltung und in den Werkstätten zu vermeiden, hat die Reichsbahnverwaltung mit den Gewerkschaften für das Vierteljahr Oktober—Dezember 1930 folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Arbeitszeit in der Bahnunterhaltung wird im Monat Oktober 1930 von 9 auf 8 Stunden herabgesetzt. Außerdem wird im November 1930 eine Feiertagszeit eingelegt werden.
2. In den Reichsbahnanschiebungswerken werden in den Monaten Oktober bis Dezember 1930 je 1,66 Feiertagsstunden, gleich insgesamt 40 Arbeitsstunden, eingelegt werden. Die Arbeitszeit bleibt von 8¹/₂ auf 8 Stunden gekürzt.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bekundet durch den Abschluß dieser Vereinbarung ihr ernstliches Bestreben, planmäßige Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfang in der Bahnerhaltung und den Anschiebungswerken in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 zu vermeiden und wird das gleiche auch für die Zeit bis zum 31. März 1931 zu erreichen bestrebt sein.

Genfer Unterredung über die Prager Unruhen

Curtius und Benesch verhandeln.

Das Unterbietungsverfahren. Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Montag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch, die in erster Linie den letzten Unruhen in Prag gegolten hat. Über das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keinerlei Mitteilungen gemacht; jedoch kann angenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.

In Prag wurde eine Untersuchung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsche des Polizeipräsidenten nach scharfem Auftreten zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Weisung gegeben, den Demonstranten mit äußerster Milde entgegenzutreten.

In der Gründungsversammlung der tschechischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Exzesse richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die südböhmischen Mitbürger in Prag haben ein unverbrüchliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedrigster Art, wenn sie ihre Treiben Patriotismus nennen.“

Die Folgen der deutschfeindlichen Kundgebungen in Prag.

Prag, 30. September. Wie amtlich festgestellt wird, ist eine Unterredung Majarjts mit einem englischen Pressvertreter unvollkommen und teilweise unrichtig wiedergegeben worden. Majarjts habe gesagt: Zwei Punkte bedrohen den Frieden: Der polnische Korridor und Ungarn. Er habe von vielen Deutschen gehört, daß sie die gegenwärtige Lösung nie annehmen werden, durch die Ostpreußen vom Reich abgeschnitten worden sei. Die ungarische Gefahr liege in dem Versuch der Wiederherstellung des Ungarns der Vorkriegszeit. Das sei unmöglich, da das alte Regime sehr ungerecht gewesen sei und die nichtmagyarischen Nationalitäten unterdrückt habe. Gleichzeitig aber begreife er, Majarjts, die Schwierigkeiten der Magyaren und wäre unter günstigen Bedingungen bereit, eine Erwidrigung der Modifizierung der gegenwärtigen Grenzen zuzulassen, jedoch sei jede Grenzänderung dem Parlament vorbehalten und es sei unmöglich, die Grenzen ohne Einwilligung der kleinen und großen Entente zu ändern. Außerdem müßte als Ausgleich eine tschechoslowakische Gebietsvergrößerung an anderer Stelle erfolgen. Das alles sei aber vor einer Änderung der ungarischen Politik unmöglich.

Die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Die Abneigung, die von den außereuropäischen Agrarstaaten gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerverammlung zutage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschließung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerverammlung gefunden. Der Au-